

aggressiven Kreisen einiger Staaten“ versucht wird, „die Sowjetunion und Westdeutschland gegeneinander auszuspielen“ bis hin zu einem neuen „Krieg auf dem Territorium Deutschlands unter Einsatz der neuesten Mittel zur Massenvernichtung“.

Der Höhepunkt der Note besteht in der anklingenden Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieser Satz wurde von deutscher Seite als der wichtigste Satz dieser und der folgenden Noten angesehen und auf Drängen der Bonner Delegation auch in das Abkommen vom 13. September übernommen. Er lautet: „Die Sowjetregierung geht hierbei davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik zur Lösung der ungelösten Fragen beitragen werden, die ganz Deutschland betreffen, und somit zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates – beitragen sollen.“

Es folgen Ausführungen über die Bedeutung des Handelsverkehrs und des kulturellen Austauschs, die in den Vorschlag münden, „direkte diplomatische und Handelsbeziehungen sowie kulturelle Beziehungen“ zu vereinbaren. Der Schlusssatz lautet: „Da die Regierung der Sowjetunion die Herstellung eines persönlichen Kontakts zwischen den Staatsmännern beider Länder für wünschenswert hält, würde sie es begrüßen, wenn der Kanzler der Deutschen Bundesrepublik, Herr K. Adenauer, [mit seiner Begleitung] in nächster Zeit nach Moskau kämen.“

Erste Reaktionen auf die Sowjetnote

In Bonn wurde in der Kabinettsitzung am nächsten Morgen bereits ausführlich über die Sowjetnote gesprochen. Adenauer gab zu, dass die Einladung nach Moskau auch

für ihn „ziemlich überraschend“ gekommen sei.²⁸ Er verbuchte dabei zunächst einmal den innenpolitischen Erfolg: Damit sei die SPD-These, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge werde der Weg zu Verhandlungen mit der Sowjetunion versperrt sein, „geradezu schlagend widerlegt“. Adenauer hatte selbst nicht mit einer erneuten sowjetischen Initiative gerechnet, zumal nicht so rasch nach der Ratifizierung der Westverträge. Überraschend kam für ihn aber nicht die grundlegende Frage, ob die Bundesrepublik überhaupt diplomatische Beziehungen mit Moskau aufnehmen solle.

Diplomatische Beziehungen zu Moskau?

Darüber gab es für Adenauer seit langem keinen Zweifel mehr. In seinen „Erinnerungen“ begründete er seine Meinung so: „Die Sowjetunion war eine der vier Siegermächte, ohne deren Mitwirkung die Einheit unseres Landes nicht verwirklicht werden konnte. Das Fehlen von Beziehungen zwischen der Sowjetunion und uns, die sich daraus für uns ergebende Unmöglichkeit, unsere nationalen Anliegen auch in Moskau selbst zu vertreten, war ein unnormaler Zustand.“²⁹

Er hatte schon vor Jahren den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg angekündigt, dass seine Regierung sich das Recht vorbehalte, nach dem Gewinn der Souveränität mit den Sowjets direkte Beziehungen aufzunehmen, und er war von den Westmächten darin bestärkt worden.³⁰ Er hatte zu diesem Thema 1954 und 1955 schon mehrfach Erklärungen abgegeben, zuletzt vor dem Bundesvorstand der CDU, wo er gesagt hatte: „Sobald wir souverän sind ..., können wir als ein selbständiger, souveräner Staat unsere diplomatischen Beziehungen einsetzen im Sinne einer Beilegung des Konflikts auch mit den Sowjets. ... Daher ziehe ich, weil ich fest davon überzeugt bin, im geeigneten Augenblick mit den Sowjets verhandeln zu können, eine Kon-

ferenz mit den Sowjets über die Rückgabe der Sowjetzone, bei der wir gleichberechtigt mit am Tisch sitzen, Verhandlungen vor, die über unseren Kopf hinweg von anderen geführt werden.“³¹ (Man sollte dieses Zitat in Erinnerung behalten, weil es zeigt, wie unbefangen Adenauer von Verhandlungen mit den Sowjets über die deutsche Einheit sprechen konnte, während er bei der Vorbereitung seiner Moskareise nur noch Verhandlungen der vier Siegermächte ohne deutsche Beteiligung wünschte.) Den Zeitpunkt der Beziehungen zu Moskau hatte er stets mit dem Erwerb der Souveränität, also mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge, verknüpft.³² Auch in seiner Umgebung, im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt galt die Grundsatzfrage als entschieden. Man hatte schon im April von Gerüchten über eine sowjetische Initiative gehört,³³ und spekulierte im Casino des AA, wer als erster Botschafter nach Moskau gehen werde. Man wartete nur noch auf das Startzeichen des Kanzlers.³⁴

Beratung im Kabinett

Auch im Kabinett kannte man die Intentionen Adenauers. Dennoch fühlte sich Jakob Kaiser, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, der eine kabinettsinterne Oppositionsrolle in Fragen der Deutschland- und Ostpolitik übernommen hatte, dazu verpflichtet, seine abweichende Meinung zu Protokoll zu geben. Kaiser warnte vor diplomatischen Beziehungen mit Moskau. Damit dürfe man erst nach der Wiedervereinigung beginnen. Diese Ansicht teilte auch der neue Außenminister von Brentano, der sich allerdings davor hütete, in die Diskussion einzugreifen und Kaiser zu unterstützen. Adenauer wischte diese Bedenken weg. Die Bundesrepublik sei mit dem Abschluss der Pariser Verträge von den ehemaligen Besatzungsmächten als souveräner Staat anerkannt worden. Sie habe vitale Interessen in der Sowjetunion zu vertreten. Niemand in der Welt würde

es verstehen, wenn er es ablehnen würde, über diplomatische Beziehungen mit Moskau zu verhandeln. Zu überlegen sei nur noch der geeignete Zeitpunkt für die Gespräche mit dem Kreml. Darüber, über den Zeitpunkt wie auch über die anderen Aspekte der sowjetischen Initiative müsse er zunächst mit den westlichen Alliierten sprechen, mit denen er ohnehin in der nächsten Woche zusammentreffen werde. Anlass für die schon seit längerem geplante USA-Reise des Bundeskanzlers vom 13. bis 19. Juni 1955 waren die Verleihung der juristischen Ehrendoktorwürde in Harvard und eine Vorbesprechung der drei westlichen Außenminister in New York, die wenig später mit ihrem sowjetischen Kollegen Molotow zusammentreffen würden, um die Genfer Gipfelkonferenz im Juli vorzubereiten.

Der Bundeskanzler schloss den Tagesordnungspunkt Sowjetnote damit ab, dass er seinem Außenminister von Brentano und Staatssekretär Hallstein den Auftrag erteilte, den Entwurf einer Antwort an die Sowjetregierung vorzubereiten. Er diktierte ihnen zur Sicherheit den Inhalt gleich mit: Die Einladung nach Moskau solle zwar nicht abgelehnt werden, aber man müsse die Sowjets darauf hinweisen, dass im Hinblick auf das umfangreiche Beratungsprogramm noch erhebliche Vorbereitungen erforderlich seien. Ferner bat er alle Kabinettsmitglieder, „sich in dieser Frage bis auf weiteres äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen“.³⁵

Dazu gab es dann doch Widerspruch einzelner Minister. Die Medien hätten doch schon gemeldet, dass man heute im Kabinett über das Moskauer Angebot beraten werde. Man könne gar nicht mehr schweigen. Staatssekretär Hallstein erinnerte daran, dass man bereits eine „offizielle Erklärung“ im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler herausgegeben habe. Darin hieß es: „Die Bundesregierung wird die Note sorgfältig prüfen. Der Bundeskanzler wird die Gelegenheit seines Treffens mit den westlichen Außenministern in Washington und New York dazu benutzen, den Inhalt der Note mit diesen zu erörtern.“³⁶ Der Kanzler

blieb bei seiner vergeblichen Bitte, gegenüber der Presse äußerste Zurückhaltung zu üben.

Am Abend des 8. Juni musste das Kabinett erneut zusammentreten, da der Presse nun doch sehr viel mehr gesagt worden war. Die Presseerklärung hatte dazu noch einen falschen Zungenschlag. Regierungssprecher Forschbach hatte bei seiner Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung, an der er selbst teilgenommen hatte, „infolge eines Mißverständnisses“ mitgeteilt, die Bundesregierung „begrüße“ den Moskauer Vorschlag. Sie „hoffe“, dass die notwendige Prüfung „zu dem Ergebnis führt, daß eine Aussprache des Bundeskanzlers mit den Staatsmännern der Sowjetunion zweckmäßig erscheint“.³⁷ Forschbach hatte sich ferner in die Fallstricke einer doppelten Negation verfangen. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Pressemeldung nicht zutreffe, der Bundeskanzler habe die Einladung bereits angenommen, hatte er mit nein geantwortet.³⁸ Forschbach, der auch bei der Sondersitzung des Kabinetts anwesend war, wurde verdonnert, am nächsten Tag die korrekte Erklärung erneut zu verbreiten, seine frühere zurückzunehmen und hinzuzusetzen, dass das Kabinett diese letztere Erklärung einstimmig gebilligt habe. Damit war wohl auch die Entscheidung des Kanzlers besiegelt, seinen alten Pressechef von Eckardt, der inzwischen UNO-Botschafter geworden war, zu bitten, ihn statt Forschbach nach Moskau zu begleiten.

Am Ende dieser zweiten Sitzung meldete sich Franz Josef Strauß, damals Sonderminister für Atomfragen, noch einmal zum Thema Sowjetnote zu Wort und fragte den Bundeskanzler, wer die in der Presseerklärung angekündigte Vorprüfung der Note vornehmen werde. Adenauer antwortete, er könne sich einen Sonderausschuss des Kabinetts vorstellen, ergänzt durch die Fraktionsvorsitzenden. Strauß, der angesichts der vorgerückten Abendstunde etwas zur Erheiterung der Runde beitragen wollte, fragte den Kanzler ferner, ob er im Falle einer Moskaureise bereit

sei, einen hohen sowjetischen Orden anzunehmen. Adenauer ließ sich die Gelegenheit zu einer Floretteinlage mit dem Bajuwaren nicht entgehen, und erwiderte nach den handschriftlichen Notizen eines Ministerkollegen: „Ich habe es mir überlegt. ‚Held der Arbeit‘ möchte ich werden.“ (Adenauer erhielt weder 1955 noch in den späteren Jahren einen sowjetischen Orden.) Aber er ging dann gleich wieder zu ernsteren Gedanken über. Die Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass nicht der Verdacht aufkommen könne, sie versuche durch Direktkontakte mit Moskau die Genfer Viererkonferenz zu stören.³⁹ Diese Sorge beschäftigte ihn in der Folgezeit sehr stark.

Das Echo in der Öffentlichkeit

Die Reaktionen der wichtigsten deutschen Politiker wurden in einer Rundfunksendung des Bayerischen Rundfunks zusammengestellt.⁴⁰ Dabei beanstandete Herbert Wehner (SPD), der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses im Bundestag, die Bundesregierung habe es verpasst, ihrerseits die Initiative zu ergreifen. Nachdem die Sowjets im Januar die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland verkündet hatten, wäre es zwingend gewesen, in Moskau nachzufragen, wie danach die Beziehungen beider Staaten im Friedenszustand gestaltet werden sollten. Dann hätte Bonn das Heft in der Hand gehabt. Der FDP-Vorsitzende Thomas Dehler meinte: „Jetzt beginnt erst deutsche Außenpolitik, beginnt die Gestaltung des deutschen Schicksals nach unserem Willen.“

Das Allensbacher Institut führte noch im Juni eine Meinungsumfrage durch, bei der zunächst gefragt wurde, ob der Kanzler die Einladung nach Moskau annehmen solle oder nicht. 82 % waren der Meinung, er solle annehmen. Nur 3 % plädierten für Ablehnung und 15 % äußerten sich unentschieden. Bei der Frage nach den sowjetischen Motiven für die Einladung glaubten 21 %, dem Kreml

gehe es nur darum, Zwietracht zwischen Bonn und Washington zu säen, während 23 % die Einladung für ein Zeichen des ehrlichen Friedenswillens der Sowjets hielten. Die Mehrheit erklärte sich bei diesen Alternativen für unentschieden (30 %) oder nicht genügend informiert (26 %). Auf die Frage, „Glauben Sie, daß die Sowjets Adenauer in Moskau die Wiedervereinigung Deutschlands anbieten werden?“, antworteten 28 % mit „ja“, 37 % mit „kann sein“, 15 % mit „nein“ und 20 % mit „weiß nicht“.⁴¹ Das Institut EMNID stellte im August die Frage, worüber Adenauer vor allem in Moskau sprechen sollte. 54 % nannten die Wiedervereinigung, 44 % die Rückkehr der Kriegsgefangenen, 15 % Frieden und freundschaftliche Beziehungen, 17 % machten andere oder keine Angaben.⁴²

Die deutsche Presse

Die Reaktionen der deutschen Zeitungen am 9. und 10. Juni füllten ein weites Spektrum. Es überwog das Element des ungläubigen Erstaunens und des Rätselratens über die sowjetischen Motive. Man muss sich an die Fülle der außenpolitischen Daten erinnern, die in wenigen Wochen des Jahres 1955 auf den deutschen Nachrichtenkonsumenten einströmten: Am 5. Mai traten die Pariser Verträge in Kraft, gleichzeitig wurde die Bundesrepublik souverän, am 9. Mai wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO, am 10. Mai luden die Westmächte zur Genfer Gipfelkonferenz ein, bei der es um die deutsche Frage gehen würde, am 15. Mai unterzeichneten die vier Siegermächte in Wien den österreichischen Staatsvertrag. Dadurch verpflichteten sich die Sowjets zum ersten Mal nach Kriegsende, ein von ihnen besetztes Gebiet zu räumen. Am 26. Mai erschienen Bulganin und Chruschtschow zu ihrer „Canossa-Reise“ in Belgrad. Und am 7. Juni traf die Moskauer Einladung an Adenauer ein.

Welchem Beobachter wollte man es übel nehmen, dass er alle diese Ereignisse addierte und zu dem Ergebnis kam,

die Wiedervereinigung rücke näher oder sei schon zum Greifen nahe. Alle Zeitungen rieten dem Kanzler, die Einladung anzunehmen, alle Zeitungen befassten sich mit der Hoffnung aller Deutschen, dass es nun mit der Wiedervereinigung vorangehen werde. Einige Kommentatoren bezweifelten, dass der Kanzler für die Vereinbarung diplomatischer Beziehungen nach Moskau reisen müsse. In Wirklichkeit gehe es um mehr. An dieser Einladung zeige sich, dass die Bundesrepublik infolge der jüngsten Entwicklungen „wichtig genug geworden ist, um in ein weltpolitisches Gespräch gezogen zu werden“.⁴³

Einige deutsche Journalisten, die (sicher nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt) in die Sowjetunion eingeladen worden waren, hatten Gelegenheit, den Pressesprecher des sowjetischen Außenministeriums L. F. Iljitschow am 8. Juni zu befragen. Er sagte ihnen, der Vorschlag zu diplomatischen Beziehungen sei von Moskau bereits bei der Berliner Konferenz von 1954 und in der sowjetischen Erklärung vom 15. Januar 1955 gemacht worden, sei also nur eine Weiterentwicklung bekannter sowjetischer Positionen. Der Sprecher verschwieg allerdings, dass die beiden früheren Vorschläge noch mit der Nicht-Ratifizierung der Pariser Verträge verknüpft waren. Auf die Frage, ob die DDR vor Absendung der Note konsultiert worden sei, lautete die zutreffende Antwort: „Soweit bekannt, kann ich sagen, daß seitens der DDR-Regierung positive Ansichten geäußert wurden, nachdem die Note veröffentlicht worden ist.“ Zu den vermutlichen Gesprächsthemen erklärte der Pressesprecher, der Kanzler werde „zur Herstellung eines direkten diplomatischen Kontakts eingeladen, der für die Wiedervereinigung Deutschlands nützlich sein wird“.⁴⁴ Auch hier fand sich also der vielversprechende Wink mit der Wiedervereinigung wie in der Note. Die deutschen Journalisten waren in dramatischer Weise nachts geweckt und mit einer Kopie der Note in einer Kunstledermappe versehen worden, wie sich der Chefreporter der Süddeutschen

Zeitung, Hans Ulrich Kempfski, erinnerte. Anschließend konnten er und seine Kollegen vom Hotelbett aus ihre Redaktionen anrufen auf einer Telefonleitung, die in den Tagen vorher nicht existiert hatte.⁴⁵ Alle deutschen Zeitungen fanden in diesen Tagen reißenden Absatz, der vergleichbar war mit dem Vorjahr, als es das „Wunder von Bern“ zu bestaunen gab.

Die ausländische Presse

Die ausländische Presse war gespalten zwischen Erleichterung und Besorgnis. Die Londoner „Times“ (8. Juni) hatte die Vision, dass es künftig in Moskau zwei deutsche Botschaften und somit einen „natürlichen Verbindungskanal“ zwischen den beiden Teilen Deutschlands geben könnte. Das entsprach dem in Großbritannien schon lange gehegten Wunsch, Bonn solle sich den Realitäten fügen und über einen beliebigen Kanal Kontakte mit den ostdeutschen Behörden aufnehmen. In Paris orakelte der spätere Außenminister Maurice Schumann: „Moskau bietet dem Kanzler nicht die diplomatischen Beziehungen an ... in Wirklichkeit handelt es sich um einen neuen deutsch-sowjetischen Pakt.“⁴⁶ Wenn man vom „Pakt“ sprach, meinte man den Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Damit tauchte neben „Rapallo“ das zweite historische Gespenst auf, das in den Assoziationen der westlichen Beobachter lebendig wurde.

„Le Monde“ (16. Juni) nannte zwei Sorgen: Einmal könne der Kanzler gezwungen werden, dem Druck der öffentlichen Meinung nachzugeben, bei der die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht unbedingt als höchstes Gut angesehen sei, zum anderen müsse man die feste westliche Verankerung des Kanzlers Adenauer bei seinem hohen Alter nicht als allein entscheidendes Kriterium im Auge haben, sondern eher die Stimmungslage in der westdeutschen Bevölkerung.

Walter Lippmann, der einflussreiche amerikanische Kommentator, fürchtete in der „New York Herald Tribu-

ne“ um den Einfluss der USA in Deutschland. Moskau gehe jetzt zu einem „langen Werben um die Deutschen“ über. Man sei bereit, „diplomatische Beziehungen herzustellen, den Eisernen Vorhang ein wenig zu heben und den Handel auszudehnen“. Die schwierige deutsche Frage solle späteren Zeiten vorbehalten bleiben, wenn die Beziehungen besser geworden seien. Die USA müssten sich dann „möglicherweise sehr bald“ fragen, ob sie über das, was zwischen Moskau und Bonn vor sich geht, noch so gut informiert seien, wie es für die amerikanischen Interessen notwendig wäre.⁴⁷ Die Konkurrenzzeitung „New York Times“ aber glaubte an die politische Vernunft der Deutschen: „Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Deutschen alles, was sie erreicht haben, für ein Linsengericht aus der Sowjetküche verkaufen.“⁴⁸

Auch osteuropäische Reaktionen, die von den französischen Botschaften aus Budapest, Prag und Warschau berichtet wurden, fanden in Bonn sorgfältige Beachtung. Die ungarische Bevölkerung, so hieß es, sehe sich durch den sowjetischen Rückzug aus Österreich, durch die Verzeihung der jugoslawischen Häresie und nun durch den Kurswechsel gegenüber den „revanchistischen Militaristen“ in Bonn in der Hoffnung bestärkt, dass auch für sie der Tag der Befreiung herannahe. In der Prager Regierung sei man nicht vorinformiert worden und habe mit erheblicher Verwirrung und Besorgnis auf die Moskauer Initiative reagiert. Die polnische Presse verrate eine gewisse Nervosität, weil sie nicht offen über die traditionellen Ängste der Polen bei deutsch-russischen Annäherungsversuchen schreiben könne und stattdessen gegen ungenannte Kreise polemisierte, die Zweifel an der Sicherheit Polens verbreiteten.⁴⁹